



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Ach, Frederiksen, sagte der Assessor, kommen Sie mit, wir wollen heute arbeiten.

Und Frederiksen folgte seinem Herrn.

Aber Justesen und Seydewitz gingen zusammen die Straße entlang zum Amtsgericht.

Justesen lästerte, aber Seydewitz behauptete bestimmt, daß der Assessor keinen Augenblick an Deichhof dächte. Darauf wollte sich Justesen lieber nicht verlassen, sagte er.

Seydewitz ging nach Hause, er hatte heute nachmittag frei.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 8. August 1909

(Zur Zarenreise. Vom parlamentarischen System. Zur Einigung der Liberalen.)

Kaiser Nikolaus der Zweite hat in den letzten Wochen eine Reihe rückständiger Besuche erledigt; Dänemark und Schweden sind zuerst darangekommen, dann folgte ein Familienbesuch bei seinem Schwager, dem Prinzen Heinrich in Gemmelmark, daran schloß sich die Zusammenkunft mit dem Staatsoberhaupt des verbündeten Frankreichs und die Begegnung mit dem König Eduard. Den Schluß machte gestern der Besuch bei dem inzwischen von der Nordlandsreise zurückgekehrten Kaiser Wilhelm. Auf der Hin- und Rückreise hat der Zar das deutsche Gebiet berührt, das heißt den Kaiser-Wilhelms-Kanal, und ist nicht, wie der Präsident der französischen Republik, um Deutschland herumgefahren. Iswolski hat in einer für die Öffentlichkeit bestimmten Äußerung den Franzosen ganz klar herausgesagt, daß Rußland mit Deutschland herzliche Beziehungen unterhalten muß, und Kaiser Nikolaus hat dem Minister des Außern Pichon seine Befriedigung über dessen bedachte und feste Politik gegenüber Deutschland ausgedrückt, das ebenso wie Frankreich und Rußland um die Erhaltung des Friedens bemüht sei. Ob das freilich in Frankreich einen allgemein günstigen Eindruck machen wird, steht dahin, denn für gewisse nichtamtliche Kreise in Frankreich und in England hat die Tripleentente nur insofern einen praktischen Wert, als sie geeignet und gewillt ist, Deutschland schlecht oder mindestens nebensächlich zu behandeln. Hierzu ist sie nun allerdings nicht geeignet, wie der Ausgang der bosnischen Frage und das gänzliche Scheitern des Konferenzplans vor einem halben Jahre bewiesen hat. In staatsmännischen Kreisen ist man darüber nicht im Zweifel, und die dabei interessierten Völker werden sich auch daran gewöhnen müssen. Wenn der Zar und sein Minister des Außern den Franzosen darüber eine unmißverständliche Andeutung gemacht haben, so waren sie dabei im vollen Rechte, denn gerade Rußland hätte bei der von den westlichen Vertretern der Ententepolitik eingeschlagenen Richtung die Hauptopfer bringen müssen. Rußland lehnt es in jedem Falle ab, sich als Mauerbrecher gegen die deutsche Friedenspolitik verwenden zu lassen, wenn diese Haltung auch daheim wie bei den Westmächten vielen Kreisen der Bevölkerungen manche Enttäuschungen bringt. Diese haben übrigens weniger in dem an das russische Bündnis bereits gewöhnten Frankreich als in England für den Zarenbesuch eine gewisse Kühle hervorgerufen und auch bewirkt, daß sich die hergebrachten sozialistischen und radikalen Angriffe

Grenzboten III 1909

43

gegen den „roten Zaren“ diesmal breiter machen durften als sonst. Besonders mußte dies bei England auffallen, wo man doch sonst so empfindlich für ausländische Einmischungen in innere Verhältnisse ist, sich aber hier nicht im geringsten scheute, in der Presse, in Versammlungen und selbst im Parlament sich in den schärfsten Ausdrücken über innere russische Verhältnisse zu ergehen und den Gast des Landes auf das heftigste anzugreifen. Die englischen Chauvinisten können es ihm eben nicht verzeihen, daß er nicht auf ihre kontinentale Politik eingegangen ist und vielleicht auch in Persien eine Richtung einhält, die mehr den russischen als den britischen Interessen dient. Die Engländer vermögen sich noch immer nicht von dem seit zwei Jahrhunderten großgezogenen Gedanken loszumachen, daß andre Völker und Staaten bloß dazu da seien, für sie die Kaskanten aus dem Feuer zu holen. Der Zwang der Verhältnisse wird sie aber immer mehr zu der Erkenntnis hindrängen, daß gerade in der großen Politik nur der Leitsatz gilt: Selbst ist der Mann.

Neben diesen für den Augenblick wenig ins Gewicht fallenden Äußerungen der Volksstimmungen ist es von Wert, die tatsächliche Bedeutung der Reise des russischen Herrschers festzustellen. Sie wollte und konnte in ihrer politischen Nebenwirkung nichts anderes sein als eine Bekräftigung des Zustandes, der sich vor einem halben Jahre in der Lähmung des Vorstoßes der Tripleentente mangels Bereitwilligkeit oder Möglichkeit zum positiven Einschreiten herausgebildet hat. Die Tripleentente ist nicht imstande, dem mitteleuropäischen Bündnis gegenüber eine überlegene Macht aufzubieten, und daraus ergibt sich für beide Mächtegruppen die Notwendigkeit, sich mit- und nebeneinander zu vertragen und gewisse, vielleicht sehr populäre politische Wünsche wenigstens für die nächste Zeit, wenn nicht für immer, zu vertagen. Die für die breite Öffentlichkeit redigierten offiziellen Trinksprüche von Cherbourg und Cowes predigen demnach den Frieden und sind nicht mit dem mysteriösen Schweigen umhüllt worden wie seinerzeit die Abmachungen auf der Heede von Neval beim Besuche des Königs Eduard. An der Aufrichtigkeit dieser Versicherungen braucht man bei der heutigen Weltlage nicht zu zweifeln, und man darf diese Annahme ohne jede Gefahr, durch Tatsachen widerlegt zu werden, dahin erweitern, daß der Grundzug der Politik aller europäischen Großmächte gegenwärtig der Wille ist, jeden bewaffneten Konflikt zu vermeiden. Das dürfte sich auch bei der jetzigen, gänzlich unnötigen Zuspitzung der kretischen Frage herausstellen. Die europäischen Großstaaten haben ganz andre Interessen zu wahren, die sie nicht durch so kleinliche Begehrlichkeiten lokaler Natur gestört sehen wollen. In Deutschland darf man übrigens mit Recht darüber zufrieden sein, daß sich in dieser zwingenden Lage bei den Toasten von Cherbourg und Cowes auch sichtbar das Bestreben erkennen ließ, unsre Empfindlichkeit zu schonen. Es fädeln sich schon an verschiedenen Punkten Dinge ein, die notwendig machen, daß die Mächte Europas zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Weltteils engere Fühlung untereinander nehmen und besser tun, sich gegenseitig zu stützen und zu stärken, statt sich anzuseinden. In diesem Sinne ist auch die zutage getretene englische Bereitwilligkeit, Rußland finanziell beizuspringen, nur mit Zustimmung aufzunehmen. Wenn selbst einzelne Kreise es nur in der Hoffnung gern tun, damit einen Gegner Deutschlands enger an sich zu fesseln, so braucht uns das nicht im geringsten zu ärgern. Wie schon früher der Zweibund, so hat auch jetzt die Tripleentente die deutschfeindliche Spitze eingebüßt ohne jede Aussicht, sie wieder zu gewinnen. Der ganze Verlauf der Begegnungen in Cherbourg und Cowes mit allen Zeitungsmeinungen und sonstigem Zubehör hat hierüber nicht den geringsten Zweifel gelassen. Man wird wohl weiterhin im Osten und im Westen noch gern manches Deutschfeindliche reden und schreiben, auch leicht Beifall damit finden, aber auf den Gang der Politik hat das keinen Einfluß mehr. Unter diesen Umständen kommt es ganz gelegen, daß der Schluß der Zarenreise durchaus den Charakter einer Familienzusammenkunft

trägt, wie die Anwesenheit der Geschwister der Zarin und das Fehlen jedes diplomatischen Apparats beweisen. Im übrigen dürfte Kaiser Nikolaus wie ganz Rußland aus dem Verhalten der deutschen Presse entnehmen, daß sich in Deutschland nirgends ein Gefühl enttäuschter Erwartungen geltend macht, denn wir haben von Rußland nie mehr verlangt, als mit ihm in Frieden leben zu können.

Eine ganz merkwürdige, übrigens nach mißverständlichen ausländischen Auffassungen erst eingeschleppte Ansicht taucht wieder und wieder in den Blättern auf, als ob es sich beim jüngsten Reichskanzlerwechsel um eine Art Wirkung des parlamentarischen Systems gehandelt habe, weil Fürst Bülow einer Abstimmung im Reichstage zum Opfer gefallen sei. Ein auf Oberflächlichkeit und leere Außerlichkeiten gestütztes Urteil läuft wohl gelegentlich mit unter, aber selten hat eins so wenig Grundlage gehabt wie gerade dieses. Daß ein Reichskanzler einen parlamentarischen Vorgang als Anlaß benutzte, um vom Kaiser seine Entlassung zu erbitten, ist zwar vorher noch nicht dagewesen, aber wir sind jetzt erst beim fünften Reichskanzler. Bei der Entwicklung, die der deutsche Parlamentarismus gegen den Willen und die Absicht des politischen Urhebers der deutschen Verfassung genommen hat, dürften sich in Zukunft wohl noch öfter Gelegenheiten ergeben, bei denen es ein Reichskanzler fass hat, mit unsrer parlamentarischen Mühle mahlen zu wollen. Es ist nicht jeder persönlich damit so eng verwachsen, wie es der Altreichskanzler war, der sich allerdings verpflichtet fühlte, sich mit seiner eignen Schöpfung bis an das Ende seiner Dienstzeit heranzuquälen. Der Monarch dürfte darum in Zukunft noch oft in die Lage kommen, einen Reichskanzler, dem die Beschäftigung mit dem Reichstag verleidet worden ist, die Entlassung nicht versagen zu können. Das hat mit dem sogenannten parlamentarischen System, das bei uns nicht Rechtens ist und es bei dem deutschen Fürstenbündnis auch nie werden wird — am allerwenigsten bei unserm jetzigen Parlamentarismus —, nicht das Mindeste zu tun. Der Kaiser kann einen Kanzler, der aus irgendeinem Grunde nicht bleiben will, nicht zwingen, aber das berührt nicht sein verfassungsmäßiges Recht, den Reichskanzler ohne jede Rücksicht auf den Reichstag zu ernennen. Das ist für ihn eine Zweckmäßigkeitfrage. Wie oft hätte Kaiser Wilhelm der Erste den Fürsten Bismarck entlassen müssen, wenn er den Beschlüssen der Reichstagsmehrheiten Einfluß auf seine Entschlüsse gewährt hätte! Das weiß man doch in den Blättern und Parlamentarierkreisen, die der oben erwähnten Ansicht Eingang gewährt haben, auch recht gut, und es scheint, daß man das nur getan hat, um wieder einmal die parlamentarische Regierung, die man seit den sogenannten Kaiserdebatten vom November vorigen Jahres wieder aus der Versunkenheit hervorgeholt und durch die bekannten liberalen Anträge einzuleiten versucht hat, zur Sprache zu bringen. Man sollte doch eigentlich meinen, die Liberalen hätten in der jetzigen, von links und rechts bedrängten Lage etwas Besseres zu tun, als eine Frage anzurühren, die nur zu ihrem Nachteil entschieden werden kann.

Die Verschmelzung der drei linksliberalen Parteien ist zwar in den letzten Wochen wieder mehrfach angeregt worden, aber die Lösung rückt nicht näher. Es scheint fast, als ob der günstige Moment wieder verpaßt werden sollte, obgleich die Einigung zum Besten unsers öffentlichen und parlamentarischen Lebens dienen und eigentlich von allen Seiten mindestens mit Zustimmung begrüßt werden würde. Trotz heißer Mahnungen und wohlgemeinter Gelöbnisse ist man noch nicht recht vorwärts gekommen; selbst bei den bevorstehenden Reichstagsnachwahlen zeigt sich keine rechte Einigkeit, und der Hansabund, von dem mit Recht ein belebender Einfluß erwartet wurde, läßt in den Blättern nur zahlreiche Beitrittserklärungen melden, von einer Einleitung der praktischen Tätigkeit vernimmt man aber noch immer nichts. Die Vermutung liegt nahe, daß es auf vielen Seiten mit den neuen liberalen Bewegungen nicht recht ernst genommen wird, was freilich bei ihrem allein auf eine

allgemeine Verneinung begründeten Ursprung nicht allzusehr Verwunderung hervorrufen kann. Positive Gedanken, namentlich der nationale, der vor dritthalb Jahren zu so großen Erfolgen geführt hat, müssen an die Spitze gestellt werden, sonst dürften wir abermals in Erfahrung bringen, daß aus der großen liberalen Armee nichts wird, weil jeder Führer sein Fähnlein allein kommandieren möchte.

Woher und Wohin? Die Heftigkeit, mit der ein Teil der bürgerlichen Presse die öffentliche Meinung gegen die Höhe und Art der neuen Steuern einzunehmen sucht, legt es nahe, von neuem daran zu erinnern, daß die bürgerlichen Parteien einhellig die Bewilligung eines Betrages von annähernd 500 Millionen Mark als unabweisbares Bedürfnis für die Ordnung der Reichsfinanzen anerkannt hatten. Es kann deshalb weder der geschichtlichen Wahrheit noch der gedeihlichen Entwicklung unseres öffentlichen Lebens dienen, den Parteien, die durch ihren Zusammenschluß vorzugsweise auf die Begrenzung, die Schaffung oder die Ablehnung einzelner Steuerarten bestimmten Einfluß gewannen, aus der Höhe der Belastung an sich einen Vorwurf zu machen. Es kann vielleicht weiter zu einer verständlicheren Auffassung der durch den Streit um die Reichsfinanzreform geschaffenen Lage beitragen, wenn darauf hingewiesen wird, daß der von den Mehrheitsparteien beschlossene Verzicht auf eine Änderung hinsichtlich der Fahrkarten- und Zuckersteuer und die dadurch geschaffene Herabsetzung des Steuerbedarfs auf 445 Millionen Mark einen nennenswerten Gegensatz zwischen den bürgerlichen Parteien kaum zu schaffen geeignet war. Ferner bewegte sich die Hinaufsetzung der einzelstaatlichen Matrikularbeitragspflicht um 25 Millionen Mark durchaus in der Richtung der grundsätzlichen Befürworter direkter Steuern, so wenig auch die sonstige Behandlung der Matrikularbeitragsfrage den finanztechnischen und finanzpolitischen Bedürfnissen der Einzelstaaten entsprechen mochte.

Jedenfalls können die Parteien, die die Steuern bewilligt haben, beanspruchen, daß man das Gebiet des Streites über den an neuen Reichssteuern bewilligten Betrag auch wirklich auf den in Frage gekommenen Betrag von 420 Millionen Mark beschränkt. Wenn zweifellos innerhalb der bürgerlichen Parteien Einigkeit darüber bestand, annähernd 100 Millionen Mark dieser Steuern auf den Besitz zu legen, so sollte man auch die Gegensätze in der Beurteilung der Zusammensetzung dieser und der andern neuen Steuereinnahmen auf ihr berechtigtes Maß zurückführen.

Die Erhöhung des Stempels für Effekten und gewisse Wechsel sowie die Einführung des Stempels auf Schecks und Quittungen über Bankguthaben mit einem geschätzten Gesamteueraufkommen von etwa 40 Millionen Mark wird in maßgebenden und politisch uninteressierten Kreisen des Bank- und Börsengewerbes als eine leichte und erträgliche Steuer bezeichnet. So wünschenswert ohne die drängende Finanznot des Reichs auch eine weiterhin steuerfreie Entwicklung des Scheckverkehrs und eine geringere Belastung der Wertpapiere gewesen wäre, so wird diese Steuer auf die Dauer kaum einen fühlbaren Einfluß auf die Geschäftshandhabung der am Geldverkehr interessierten kaufmännischen Kreise ausüben.

Weite Kreise des Volkes sehen eine Nachlaß- oder Erbanfallsteuer nach wie vor als die erträglichste und gerechteste Form einer allgemeinen Besitzbesteuerung von Reichs wegen an und sehen in der an ihre Stelle getretenen Talonsteuer sowie dem Grundstücksabstempel ein weder in finanztechnischer noch in sozialpolitischer Beziehung vollwertiges Äquivalent der Erbsteuer. Das darf aber nicht hindern, zur Verhütung von Übertreibungen, auszusprechen, daß durch die Erbanfallsteuervorlage der Regierung nur ein Betrag von 55 Millionen Mark, also nur ein mäßiger Teil, und zwar nur der Besitzsteuern aufgebracht werden sollte, während die Notwendigkeit der Einführung indirekter Steuern in dem jetzt gesetzlich fest-

gelegten Beträge, deren Bewilligung auch von der Linken nach ihrer grundsätzlich mehrfach bekundeten Stellung zur Finanzreform in der gleichen oder ähnlichen Art im Falle positiver Mitarbeit niemals hätte umgangen werden können, daneben bestehen blieb. Es muß eben immer und immer wieder betont werden, daß auch die liberalen Parteien, im Falle einer ihnen genehmen Form der Besitzsteuer, die Verbrauchssteuern in der von ihnen wie von den andern bürgerlichen Parteien für erforderlich anerkannten Höhe bewilligen wollten.

Wie man nun aber auch zu den neu geschaffnen 100 Millionen Mark Stempelsteuern stehen mag, so viel ist sicher, daß sie den Kapitalbesitz, den Geldverkehr und den Grundstückhandel treffen, der Verbrauch als solcher von ihnen aber nicht berührt wird.

Daß bei der Schnelligkeit, mit der nach monatelangen Kommissionsdebatten in wenigen Wochen die neuen Steuern aufzubauen waren, bei der übermäßigen Arbeitslast, die auf alle Beteiligten gehäuft war, Vereinzelt nicht bis zu der technischen Vollendung durchgearbeitet worden ist, wie dies bei lange vorbereiteten, in regelmäßigen Instanzenzuge geprüften Vorlagen der Fall zu sein pflegt, ist selbstverständlich. Daß sich in den Gesetzen und ihren bisher herausgegebenen Ausführungsbestimmungen kein den Ertrag der Steuern oder die praktische Handhabung der Bestimmungen beeinflussender Fehler nennenswerter Art zeigt, wird vielleicht trotzdem in der Zukunft noch einmal anerkannt werden. Auch bei der Talonsteuer darf angenommen werden, daß der Plan nicht gelingen wird, die Zeit, die gewohnheitsmäßig den Interessenten zur Vorbereitung und Einrichtung auf die Steuer gelassen war, zur Umgehung der klaren gesetzgeberischen Absicht zu benutzen.

Was die Verbrauchssteuern betrifft, so hätte man statt der Höhersetzung des Kaffeezolles vielleicht besser den aus dem Tabak geforderten Betrag auf der ursprünglich vorgesehenen Höhe belassen. Aber die ersten Anregungen hierzu stammten von Blättern liberaler Richtung und gingen mutmaßlich von Handels- oder industriellen Kreisen aus. Ferner hätte ebensogut an Stelle der Steuern auf Glühkörper und Streichhölzer die Besteuerung des Weines, der Inserate und Plakate treten können. Doch waren eben die, die jetzt die neuen Steuern so scharf verurteilen, auch für die genannten Steuern nicht zu haben. Das aber darf und soll nicht vergessen werden, daß über die Notwendigkeit der Bier-, Branntwein- und Tabakbesteuerung in den bürgerlichen Parteien grundsätzliche Einigkeit bestand. Keine bürgerliche Fraktion hat daher das Recht, die Parteien, die die erforderlichen Verbrauchssteuern im Interesse des Reichs schließlich bewilligt haben, geringerer Volksfreundlichkeit zu beschuldigen.

Und bilden denn die Verbrauchssteuern wirklich eine übermäßige Belastung der Nation?

Selbst wenn man es ganz außer acht läßt, daß die Schaumweinsteuer nur die bemittelten Klassen und die Tabaksteuer infolge ihres sozialen Charakters als konsequent durchgeführter Wertsteuer die Raucher billiger Sorten nur unmerklich treffen werden, bringen trotzdem die beschlossnen Verbrauchssteuern von insgesamt rund 300 Millionen Mark eine jährliche Durchschnittsbelastung von noch nicht fünf Mark auf den Kopf der Bevölkerung. Für eine fünfköpfige Familie, die sich keinerlei, sei es quantitative oder qualitative Beeinträchtigung ihrer Genüsse an Bier, Branntwein, Sekt, Tabak und Kaffee und keinerlei Verengerung ihres Gebrauchs von Glühkörpern und Streichhölzern auferlegen will, bedeutet das eine durchschnittliche wöchentliche Mehrausgabe von rund fünfzig Pfennigen oder für jedes einzelne Familienmitglied eine wöchentliche Mehrausgabe von zehn Pfennigen. Welchem unbefangenen Betrachter möchte sich nicht demgegenüber die Frage aufdrängen, ob damit die langersehnte Befundung der Reichsfinanzen zu teuer erkauft worden ist!

Das materielle Wohl unsers Volkes steht über jedem Parteiinteresse.

Entstanden aus der finanziellen Not eines Reiches, dessen Angehörige sich seit Jahrzehnten einer wirtschaftlichen Entwicklung von erstaunlicher Kraft erfreuen, entstanden aus dem Bedürfnis, die Mittel zur Aufrechterhaltung des Erreichten bereitzustellen, darf die Reichsfinanzreform nicht Anlaß zu vergiftenden innerpolitischen Kämpfen werden. Es gilt, unserm Volke das Einleben in mancherlei neue Wirtschaftsbedingungen zu erleichtern, nicht zu erschweren. Dazu können die bürgerlichen Parteien, denen in schweren Kämpfen um den Weg dennoch ein gleiches Ziel vor Augen stand, beitragen, indem sie den vergiftenden Streit ruhen lassen und unter die Befehdungen der letzten Monate jetzt endlich einen Strich machen.

Politische Jahrbücher. Die eigenartige Entwicklung der deutschen Zeitungen, die sich immer mehr zu reinen Tagesammlungen von politischen Neuigkeiten und Sensationsnachrichten, von Unglücksfällen, Verbrechen und pikanten Gerichtsverhandlungen usw. herausbilden, sodaß sie keinen Raum mehr — vielleicht auch keine Redakteure — für Übersichten und erläuternde Darstellungen haben, ist hinreichend bekannt. Der Leser verirrt bei dem bunten Durcheinander, für das höchstens als leitender Gesichtspunkt gilt, daß mit Rücksicht auf die lokale Konkurrenz nur ja vom Neusten nichts vergessen wird, den Überblick über den eigentlichen Gang der Ereignisse und vermag sich aus der Überhäufung mit Nachrichten, Dementis, Gerüchten, amtlichen Nachrichten und absichtlich parteiisch gehaltenen, lüdenhaften Ausführungen nur schwer ein Urteil zu bilden. Man hat sich darum in Deutschland längst daran gewöhnt, die Presse als nichts anderes wie als Lokalblatt, Inseratenschau und Unterhaltungsstoff anzusehen, von dem man ohne Nachteil für die eigne Ausbildung gerade so viel liest, als man Lust und Zeit hat. Die Sensationsjucht und das Unterhaltungsbedürfnis mögen ja dabei ihre Befriedigung finden, und für sie ist es auch unwesentlich, ob sich der tägliche sensationelle Unglücksfall, Kindsmord oder pikante Prozeß — das wird ja heute alles prompt telegraphiert — in Hinterindien oder in der Nachbarschaft ereignet hat. Der ursprüngliche Zweck der Zeitungen, über den Gang der Weltereignisse zu berichten, leidet aber unter dem Übergewicht des sensationellen Stoffs, dem die abgerissene Berichterstattung in der Regel nichts schadet, die aber für die Behandlung politischer Fragen nicht genügt. Dieser offensichtliche Mangel hat auf der einen Seite den Wunsch nach politischer Erziehung durch die Schule, auf der andern das Bedürfnis nach übersichtlichen politischen Darstellungen hervorgerufen. Zur Befriedigung dieses Bedürfnisses erscheinen seit Jahren eine Anzahl von politischen Jahrbüchern, von denen hier drei der Redaktion zugegangene besprochen werden sollen. Vorausgeschickt sei, daß alle drei ihrem auf besondere Leserkreise berechneten Zwecke vollkommen entsprechen. Die politische Jahresübersicht für 1908 (Stuttgart, Carl Krabbe Verlag, Erich Gußmann, 1,50 Mark) von Gottlob Egelhaaf soll als Jahressergänzung zu des Verfassers in demselben Verlag erschienenen Geschichte der neuesten Zeit dienen. Darum ist die Darstellung knapp gehalten, aber der Verfasser zeigt ein eigenartiges Geschick, das Wichtigste und voraussichtlich für die Zukunft Bedeutsamste herauszugreifen und ebenso übersichtlich wie fesselnd darzustellen. Als dokumentarischer Anhang ist beigegeben ein Auszug aus der Reichstagsrede des Abgeordneten von Payer am 4. April 1908, der vielgenannte Artikel des Daily Telegraph samt der Antwort des Pariser Temps, die Rede des Fürsten Bülow am 10. November 1908 im Reichstag, die entscheidenden Aktenstücke über die Einverleibung von Bosnien und der Herzegowina und die Thronrede zur Eröffnung des türkischen Parlaments. — Das Jahrbuch der Weltgeschichte, das Jahr 1908 (9. Jahrgang, bei Carl Brockhaus in Leipzig, Wien, Teschen, 1,50 Mark, gebunden 2 Mark) von Albin Geyer wendet sich vornehmlich an die gebildeten bürgerlichen Kreise. Der Verfasser wird dem von der Verlagsbuchhandlung aufgestellten Programm, die handelnden

Personen, die Kämpfe und Ereignisse in möglichst lebensvollen Bildern vorzuführen, die Triebkräfte des politischen Lebens aufzudecken und den innern Zusammenhang alles Geschehnen klarzumachen, vollkommen gerecht. Zu einer besondern Geschicklichkeit in der Zusammenfassung der politischen Vorgänge gesellen sich eine übersichtliche Darstellung, eine stets den Ton des Gewöhnlichen vermeidende und doch verständlich bleibende Sprache und ein gerechtes, der vollen Objektivität nahekommenes Urteil. Alles durchflingt ein Grundton warmer nationaler Gesinnung. Wer diese fließend und anregend geschriebenen Schilderungen liest, wird finden, daß das „politische Lied“ durchaus kein häßliches zu sein braucht. Die reiche Ausstattung mit Illustrationen, die namentlich die Bildnisse der neu in den Vordergrund tretenden politischen Persönlichkeiten bringen, erhöhen noch den Wert dieses vortrefflichen Hausbuchs. Gewissermaßen die dokumentarische Unterlage für eine solche Darstellung bietet der Deutsche Geschichtskalender für 1908 (2 Bände, Leipzig, Fr. Wilh. Grunow, gebunden 6 Mark der Band) von Prof. Dr. Karl Wippermann. Das in den Grenzboten schon wiederholt besprochne Werk bringt, in übersichtliche Stoffgruppen geschieden und mit einem ausführlichen Personenregister ausgestattet, alle offiziellen, parlamentarischen und sonstigen politisch wichtigen Vorgänge sowie alle Neuerungen auf den Gebieten der Verwaltung, des Parteilebens und der wirtschaftlichen Gesetzgebung. Die für die politische Entwicklung irgendwie bedeutungsvollen Reden fürstlicher Personen, Minister und ihrer namhaften Vertreter sowie der Parteiredner sind wenigstens nach ihrem Inhalt, in den entscheidenden Stellen im Wortlaut wiedergegeben, ebenso Regierungserlasse und Parteikundgebungen von Wichtigkeit. Die mit emsigem Fleiß und einem unvergleichlichen Scharfblick in der Beschränkung auf das Notwendigste und Unumgängliche zusammengestellte politische Übersicht ist ein unentbehrliches Hand- und Nachschlagebuch für selbständig arbeitende Zeitungsredaktionen, Bibliotheken usw., bietet aber auch dem Privatmann, der sich durch eigene Arbeit zu selbständigen Urteilen verhelfen will, die zuverlässigste Grundlage.

Kultur und Erziehung. Unter dieser Aufschrift sendet der bekannte Pädagoge an der Berliner Universität, Wilhelm Münch, ein neues Buch vermischter Betrachtungen (München 1909, Beck, 285 S., geb. 4 Mark) in die Welt. Am Schlusse des Kapitels „Vom Reisen in der Gegenwart“ heißt es: „Einen Berg von stolzer Höhe zu besteigen ist schön. Aber ein Buch von edler Tiefe zu durchlesen ist nicht minder schön und wird hoffentlich auch in Zukunft nicht aufhören, schön zu sein.“ Ich glaube, man kann beides vereinen, und zwar nicht am schlechtesten, wenn man dieses schöne Buch mit auf die Reise, mit auf den Berg oder ans Meer oder in den Wald nimmt, um sich in stiller Stunde darein zu vertiefen. Münch ist ein vielgereifter, völkerekundiger Mann. Er plaudert von deutscher Art in Süd und Nord, von der Schätzung der Deutschen im Auslande, von englischer und deutscher Erziehung, von der Art, wie Nationen einander kennen lernen usw. Doch dieses Plaudern ist auf scharfe Beobachtung und ernste Gedankenarbeit gegründet und quillt aus der Weisheit eines feinen Herzens. Wechselseitig durchdringen einander hier die Erziehungs- und die Kulturfragen. Wie eine Zeit ihre Schulfrage löst, ist ein wichtiges Kennzeichen ihrer Kultur. — Münch ist in seiner pädagogischen Kunst vor allem Psychologe und Dialektiker; er ist ein Meister in der Zerlegung und Gliederung der Gedanken; nichts, was in Theorie und Praxis von Bedeutung sein könnte, entgeht ihm bei der Lösung einer Frage, er spürt auch dem Unscheinbaren nach und findet seines Wesens Kern. Am tiefsten bohrt wohl der Aufsatz „Willensmenschen und Willensbildung“. Denn Münch weiß, daß das Durcheinandervogeln der verschiedenartigsten Antriebe das Kennzeichnende für unsre Gegenwartsphäre ist, und kennt die Gefahren, die nicht nur der heutigen Jugend, sondern der Zukunft unsers Volkes drohen; er spricht ernste und warnende Worte über körperliche und seelische Gesundheit, äußert

unerschrocken seine wuchtigen Bedenken gegen Lieblingsgedanken der Zeit (z. B. der Koedukation) und übt auch sonst das Amt des Satirikers. Er gehört zu den Glücklichen, die sich äußerlich inmitten des gewöhnlichen Menschengetriebes bewegend, doch auf innerer Höhe darüber hinwandeln. Er weiß in Kürze — in zehn Geboten — zusammenzufassen, was Pflicht der Schüler in dem Gesamtorganismus der Schule ist, und kein Schulleiter sollte es verabsäumen, bei ernster Gelegenheit diese Sätze der ihm anvertrauten Jugend einzuprägen. Zum Beschluß hat der Meister des Aphorismus wieder einige Perlen der Weisheit zusammengereiht; sie haben feinen Schliff und echten Glanz.

Auf ein andres pädagogisches Werk von hoher Bedeutung sei bei dieser Gelegenheit hingewiesen, das in dritter, verbesserter und vermehrter Auflage jüngst erschienen ist: Adolf Matthias, *Praktische Pädagogik* (München, Beck). Hier vereintgen sich auch in seltner Weise gründliche Sachkenntnis und reichste, reifste Erfahrung mit frischer Unmittelbarkeit und Natürlichkeit. Nichts von Versteiegenheit und Phrasentum spürt man, sondern nur kerngesundes Denken und warme, lebendige Empfindung für alles, was einem Knabenhirn und Knabenherzen nützlich und heilsam ist. Es ist ein Buch, das jedem Pädagogen, ob alt oder jung, gar viel bieten kann, das aber auch den Eltern von Söhnen treffliche Richtlinien bietet. — Ein sehr erfreuliches Zeichen der Zeit ist es ferner, daß auch ein geistverwandtes Büchlein: *Der Weg zum Herzen des Schülers* von Hermann Weimer in neuer Auflage in demselben Verlage erscheinen konnte. Schlicht, echt und gesund, warm und wahr: solche Eigenschaften klingen gut zusammen und erwecken Widerhall in empfänglichen Herzen. U. Biese

Für die Herausgabe verantwortlich Karl Weisser in Leipzig und George Kleinow in Berlin-Friedenau. Alle Zuschriften an die Redaktion sind nur nach Leipzig, Inselstraße 20, zu richten. Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

Deutsche Charakterköpfe

Denkmäler deutscher Persönlichkeiten aus ihren Schriften

Diese Sammlung will versuchen, die Persönlichkeiten, die an dem Werden unsrer nationalen Kultur mitgewirkt, die entscheidende Perioden dieses Werdens in ihrem Wesen widerpiegeln, in ihren eigenen Äußerungen neu lebendig werden zu lassen.

Bisher erschienen:

Band 1: **Elisabeth Charlotte**, Herzogin von Orleans. Briefe ausgewählt und eingeleitet von Prof. Dr. J. Wille. Mit 13 Abbildungen. Gebunden M. 2.—

Band 2: **Albrecht Dürer** in seinen Briefen. Von Oberbibliothekar **Markus Zucker**. Mit 20 Abbildungen. Gebunden M. 2.—

Band 3: **Heinrich Pestalozzi**. Eine Auswahl aus seinen Briefen und kleineren Schriften, herausgegeben und eingeleitet von Seminardirektor Dr. **Hermann Walfemann**. Mit 19 Abbildungen. Gebunden M. 2.—

Band 4: **Joachim Nettelbeck**, Bürger zu Kolberg. Eine Auswahl aus seiner Selbstbiographie von Oberl. M. **Schmitt-Hartlieb**. Mit 15 Abb. Geb. M. 2.—

Band 5/6: **Goethes Freundinnen**. Briefe zu ihrer Charakteristik. Ausgewählt und eingeleitet von Dr. **Gertrud Bäumer**, Mit 12 Abb. Gebund. M. 3.—

Band 7: **Wilhelm von Humboldt** in seinen Briefen. Ausgewählt und eingeleitet von Prof. Dr. **Karl Sell**. Mit 2 Bildnissen. Gebunden . . M. 2.—

— Weitere Bände befinden sich in Vorbereitung —

Reichillustrierter Prospekt mit Probeabschnitten aus den einzelnen Bänden umsonst und postfrei vom Verlag **B. G. Teubner** in **Leipzig** und **Berlin**.